



Presseinformation

Nr. 045/2002

Kiel, Mittwoch, 30. Januar 2002

Bundesverfassungsgericht/Untersuchungsausschuss

Wolfgang Kubicki zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die Ordnungsgeld- und Ordnungshaftbeschlüsse gegen Klaus Nilius aus dem Jahre 1994/95 aufzuheben

„Ich begrüße die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich.

Damit wird die Rechtsauffassung der FDP – eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einem Rechtsstaat – bestätigt, dass niemand zu einer Aussage gegen sich selbst gezwungen werden kann.“

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, *MdL*
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, *MdL*

Joachim Behm, *MdL*

Dr. Heiner Garg, *MdL*

Günther Hildebrand, *MdL*

www.fdp-sh.de